

Pünktlich zur Abstimmung in Kaiserstuhl: Zusammenschluss-Gespräche sind lanciert

Vor 14 Tagen ging der «Rheintal+»-Prozess mit einer Kickoff-Veranstaltung in die nächste Phase. Die vertiefte Prüfung eines möglichen Zusammenschlusses wird in Angriff genommen. Der erste Workshop ist für September angesetzt. In Kaiserstuhl stimmt die Bevölkerung am Wochenende nochmals über das Projekt ab.

ZURZIBIET (tf) – Gemeindegemeinschaften wurden im Zurzibiet und seinen angrenzenden Gebieten in der Vergangenheit wiederholt angestrebt. Im Mettauertal gelang die Fusion der

Gemeinden Etzgen, Hottwil, Mettau, Oberhofen und Wil, im Aaretal gelang die Fusion von Villigen mit Stilli und im Surbtal gelang die Fusion von Unterendingen und Endingen. Gleichzeitig wird zwischen Tegerfelden, Endingen und Lengnau im Rahmen der «Perspektive Surbtal» eng zusammengearbeitet. Eng ist die Zusammenarbeit auch zwischen Leibstadt und Full-Reuenthal und innerhalb der Verwaltung 2000 im Rheintal-Studenland.

Gescheitert sind die Zusammenschlüsse zwischen Schneisingen und Siglistorf und zwischen Döttingen und Klingnau. Auch die Zusammenschlussgespräche zwischen Riethem und Bad Zurzach waren wieder eingestellt worden. Die Mandatgeber haben diese Woche im Rahmen einer Konsultativabstimmung deutlich signalisiert,

dass sie von einer Fusion vorläufig nichts wissen wollen. Auch in Schwaderloch ist das Thema, auch mangels fusionswilligen Partnerkandidaten, auf Eis gelegt.

Vielfältige Gemeindelandschaft

Vor diesem Hintergrund ist die vertiefte Prüfung eines möglichen Zusammenschlusses, die neun Gemeinden im Rheintal-Studenland angehen wollen, beachtenswert. Zusammen kommen die Gemeinden immerhin auf 2869 Hektaren Gesamtfläche, 7642 Einwohner und 4284 Beschäftigte. Die Steuerfüsse der Gemeinden liegen zwischen 105 Prozent (Baldingen) und 125 Prozent (Rekingen), die mit Abstand höchste Steuerkraft pro Einwohner hat aber Bad Zurzach mit

durchschnittlich 2785 Franken. Die Nachbargemeinde Riethem verzeichnet mit durchschnittlich 1481 Franken den tiefsten Wert.

Dass die neun Gemeinden, ungeachtet all dieser Zahlen, dennoch eine vertiefte Prüfung angehen, macht nur klar, wie zukunftsgerichtet und vielversprechend die seit zwei Jahren laufenden Gespräche unter den Gemeindeammännern gewesen sein müssen. Nicht zuletzt untermauert es die grossen Hoffnungen, die alle Gemeinden in den Prozess setzen. Man wünscht sich als Ergebnis des Prozesses viele wertvolle Erkenntnisse. Ob dann wirklich über ein «Ja» oder «Nein» zum Fusionsantrag abgestimmt wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt zweitrangig.

Fusionskenner koordiniert den Prozess

Die ersten zwei Jahre der Annäherung wurde durch Peter Weber, Gemeindeammann des Mettauertals und Geschäftsführer der PW Consulting in Mettau, begleitet. Mit der ausserordentlichen Gemeindeversammlung vom 6. April 2017 hat er sein Mandat erfüllt.

Das Projekt der vertieften Prüfung wird nun durch das Büro JC Kleiner GmbH und seinen Geschäftsleiter Jean-Claude Kleiner geführt. Er trägt die fachliche Verantwortung, die politische Verantwortung übernimmt ein Lenkungsorgan, das aus allen neun Gemein-

deammännern der beteiligten Gemeinden besteht. Yvonne Reichlin, die Leiterin der Gemeindeabteilung des Kantons Aargau, ist ebenfalls in den Prozess involviert, daneben in Form des Beirats, auch die Gemeindegeschreiber Andi Meier, Standortleiter Verwaltung 2000, und Daniel Baumgartner, Bad Zurzach. Für die Kommunikation und die Öffentlichkeitsarbeit zeichnet Carmen Frei von textbildton verantwortlich.

Acht Arbeitsgruppen geben Gas

Die Hauptarbeit, das machte die Kickoff-Veranstaltung vom 17. Juni 2017 deutlich, die liegt in den kommenden Monaten aber bei acht Arbeitsgruppen, die sich am 19. April, also nur wenige Tage nach der geschichtsträchtigen Abstimmung, gebildet haben. Sie werden unterschiedlichen Fragen intensiv nachgehen und sich mit den Folgen eines Zusammenschlusses befassen. Sie werden fragen, wie eine Verwaltung und Behördenzusammensetzung in Zukunft aussehen könnte, welche Auswirkungen ein Zusammenschluss auf die BNO und den Verkehr hätte, was die Folgen für die Schulen, die Finanzen und die Abwasser-, Wasser- und Energieversorgung wären, ausserdem den Bevölkerungsschutz. Auch die Fragen der Ortsbürgergemeinden, der Vereine, der Jugend- und Alterspolitik und der Kultur werden thematisiert, daneben auch ein allfälliger künftiger Name einer fusionierten Gemeinde und das passende Wappen.

Die Arbeitsgruppen stehen jeweils unter dem Vorsitz eines Gemeindeammanns und zählen zwischen neun und 13 Mitglieder aus den Gemeinden. Ihre Ergebnisse sollen immer wieder im Rahmen von Workshops diskutiert werden, ausserdem sollen sogenannte Echogruppen gebildet werden, die den Prozess eng begleiten. Auch das Gespräch mit der Bevölkerung ist geplant. Der erste Workshop findet am 14. September statt, der letzte ist für November 2018 vorgesehen. Ein Entscheid der Gemeinderäte zum Fusionsprojekt wird für Frühjahr 2019 anvisiert.

